



Medienmitteilung vom 15. Mai 2022

Überparteiliches Komitee wird Einführung der «Züri City-Card» bekämpfen

3,2 Mio. Franken für einen rechtswidrigen Unsinn

Die Stadtzürcher Stimmbürger haben sich für den Rahmenkredit von 3,2 Mio. Franken ausgesprochen, um das Projekt «Züri City-Card» weiterzuverfolgen. Das überparteiliche Komitee, das die Vorlage bekämpft hat, ist enttäuscht über diesen Entscheid. Steuergelder in Millionenhöhe für ein Projekt einzusetzen, das nie realisiert werden kann, ist unsinnig und gegenüber den Betroffenen nicht fair. Sollte der Stadtrat trotz offensichtlicher Rechtswidrigkeit an diesem Projekt festhalten, wird das Komitee gegen einen allfälligen Beschlussantrag wiederum das Referendum ergreifen und nötigenfalls auch rechtliche Schritte ins Auge fassen.

Weil der Zürcher Stadtrat nicht einverstanden ist mit der Ausländerpolitik des Bundesrats, sollen die Steuerzahler in die Taschen greifen. Mit weiteren 3,2 Mio. Franken Steuergeldern sollen zusätzliche Gutachten finanziert werden, um das Projekt «Züri City-Card» weiterzuverfolgen.

Widerrechtlichkeit wiederholt unterstrichen

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hielt 2018 fest: «Die Gemeinden oder die Kantone haben keine Kompetenz, den Aufenthalt von Sans-Papiers nach eigenen Bestimmungen mit einem Ausweis verbindlich zu regeln». Auch der Zürcher Regierungsrat betonte die Rechtswidrigkeit dieser Idee: Ein solcher Ausweis ist keine Lösung für die Aufenthaltsregelung von Personen, die sich rechtswidrig in der Schweiz aufhalten, denn der rechtswidrige Aufenthalt ist ein strafbares Vergehen.

Die «Züri City-Card» wird am Aufenthaltsstatus der Sans-Papiers nichts ändern. Dafür fehlt der Stadt Zürich die Kompetenz. Eine «City Card», die ein faktisches Aufenthaltsrecht auf dem Stadtgebiet anerkennt, würde gegen Bundesrecht verstossen, da der Bund abschliessend festlegt, unter welchen Voraussetzungen ausländische Personen zugelassen werden und einen Ausländerausweis erhalten können.

Nein zur Verschleuderung von Steuergeld

Dieses Projekt ist eine Zwängerei der rot-grünen Stadtratsmehrheit. Es bringt niemandem etwas. Gerade gegenüber «Sans Papiers» ist es nicht fair, da sich diese in einer falschen Sicherheit wiegen würden. In Tat und Wahrheit müssten die Behörden aber noch genauere Kontrollen machen, um sich nicht selbst strafbar zu machen, weil sie den illegalen Aufenthalt erleichtern. Kurzum: Ein klassischer Schuss in den Ofen – aber leider einmal mehr eine sehr teure Übung für die Steuerzahler.

Zürich, den 15. Mai 2022